



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Demokratie mitdenken und mitgestalten I: Fachnamen „Politik und Gesellschaft“ an allen Schulen einführen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bezeichnung „Sozialkunde“ an den weiterführenden Schulen in Bayern, in denen das Fach nicht im Rahmen eines Fächerverbands unterrichtet wird, durch den semantisch breiteren Terminus „Politik und Gesellschaft“ im Rahmen der Einführung des LehrplanPLUS zu ersetzen, um die Komplexität sowie die fächer- und themenverzahnende Konzeption des Leitfachs politischer Bildung auch begrifflich noch stärker abbilden zu können.

#### **Begründung:**

Politische Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit dem Ziel, möglichst alle Menschen von jungen Jahren an zu urteilsfähigen, verantwortungsbewussten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer demokratischen Gesellschaft zu erziehen. Der Stellenwert politischer Bildung an Bayerns Schulen zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sie als übergeordnetes Bildungsziel mit dezidiertem Verfassungsrang verpflichtender Bestandteil des Unterrichts, aber auch des Schullebens ist und im gesamten Fächerspektrum aller Schularten angemessene Beachtung finden muss. Gleichzeitig ist sie eigenständiger Unterrichtsgegenstand insbesondere im Rahmen des Leitfachs Sozialkunde.

Für das neue neunjährige Gymnasium ist bereits eine Änderung des Fachnamens gemäß Anlage 1 der Gymnasialschulordnung (GSO) realisiert.

Doch gilt es zu beachten, dass der Begriff „Politik und Gesellschaft“ die Komplexität des Lernfeldes und die damit verbundenen fächer- und themenverzahnenden Lehrplaninhalte auch an anderen Schularten mit dem eigenständigen Fach „Sozialkunde“ besser abbilden könnte. Mit jenem neuen Begriff ließen sich noch einmal die Aktualität und Relevanz für die heutige demokratische Gesellschaft betonen: Denn ausgehend von der unmittelbaren Lebens- und Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler werden in den politischen Leitfächern aller Schularten zentrale Formen, Regeln und Veränderungsprozesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die demokratischen Grundlagen und die Gestaltung der staatlichen Ordnung sowie Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung auf den unterschiedlichen Ebenen thematisiert. Der Unterricht nimmt auf diese Weise Bezug auf Ereignisse und Entwicklungen, welche die Lernenden unmittelbar betreffen, vom lokalen bzw. regionalen und nationalen Geschehen bis hin zu europaweiten und weltpolitischen Vorgängen. All dies sollte eine Bezeichnung des Leitfachs der politischen Bildung abbilden können.

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht sinnvoll, den Fachnamen an anderen Schularten entsprechend anzupassen, um gerade die Bedeutung des Faches und des Bildungszieles für die gesamte Gesellschaft mit der neuen Bezeichnung „Politik und Gesellschaft“ zu unterstreichen.